



## Brief aus Straßburg

**Dr. Renate Sommer**  
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

**Nr. 38; November 2005**

### Liebe Leserin, lieber Leser,

die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments wurde in dieser Woche völlig dominiert von der Abstimmung über die Neuordnung der Europäischen Chemikalienpolitik.

REACH (**R**egistrierung, **E**valuierung und **A**utorisierung von **C**hemikalien) ist einer der komplexesten Gesetzesvorschläge, mit denen die Europäischen Institutionen und insbesondere das Europäische Parlament je zu tun hatten. In diesem neuen Gesetz werden immerhin 62 über Chemikalien bereits existierende Gesetze zusammengefasst. Der vor ca. einem Jahr vorgelegte, 1200 Seiten umfassende Kommissionsentwurf blieb bis zuletzt jedoch dermaßen umstritten, dass auch nach seiner Bearbeitung in immerhin drei Ausschüssen im Laufe der vergangenen Monate noch rund 1100 Änderungsanträge in der ersten Lesung abzustimmen waren. Mindestens genauso viele Stellungnahmen von Interessenverbänden sowie Bürgeranfragen überfluteten die Abgeordnetenbüros, und im Laufe der vergangenen Woche hatte eine E-mail-Kampagne das parlamentsinterne Computernetz nahezu lahm gelegt.

Andere wichtige Beschlüsse, z.B. die erste Lesung zur Eurovignette in einer außerordentlichen Sitzung des Verkehrsausschusses oder die Verpflichtung zur Einführung europäischer schwarzer Listen von unsi-

cheren Fluggesellschaften, gingen neben REACH fast unter.

### REACH

Auf dem Europäischen Markt gibt es über 100.000 verschiedene chemische Substanzen. Mehr als 1,7 Millionen Menschen arbeiten in der Chemischen Industrie, und ca. weitere drei Millionen Arbeitsplätze hängen indirekt davon ab. Diese Arbeitsplätze finden sich nicht nur in großen, multinationalen Unternehmen, sondern auch in rund 25.000 kleinen und mittelständischen Betrieben aller Branchen. Europa ist der weltweit größte Produzent von Chemikalien, und die Bundesrepublik Deutschland wiederum der "chemiestärkste" Mitgliedstaat der EU.

In einer dreistündigen Marathon-Abstimmung gelang es unserer Fraktion wenigstens, die geplanten Anforderungen an die Wirtschaft zur Datenerhebung deutlich zu reduzieren. Damit soll vor allem der Mittelstand vor untragbaren Kosten und bürokratischem Wahnsinn geschützt werden. REACH verlangt von den Unternehmen, binnen elf Jahren umfassende Daten über alle 30.000 Stoffe zu erheben, die vor 1981 auf den Markt kamen. Eine noch zu schaffende Behörde soll diese Daten prüfen und die Substanzen ggfs. zulassen. So will die EU den Umwelt- und Verbraucherschutz stärken. Da unsere Fraktion etwa die Hälfte der Abstimmungen zu diesem The-

ma gegen eine rot/rot/grüne Koalition verlor, stimmte ich selbst am Ende gegen den Verordnungsentwurf. Meine große Befürchtung ist die einer absoluten Überbürokratisierung, mit der gerade der Mittelstand nicht mehr fertig wird. Ich hoffe, dass der Ministerrat einen anderen Standpunkt vertritt als die Mehrheit unseres Hauses und dass es zu einem Gesetz in der jetzigen Fassung nicht kommen wird!

### **Eurovignette**

Der Verkehrsausschuss entschied in zweiter Lesung über den Richtlinienvorschlag zur LKW-Maut (auch Wegekostenrichtlinie oder Eurovignette genannt). Geplant ist nun eine Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw ab 3,5 Tonnen. Für Deutschland, das erst ab 12 Tonnen Maut erhebt, gilt dies allerdings erst ab dem Jahr 2010.

Zusätzlich soll die Europäische Kommission innerhalb von zwei Jahren Berechnungsmodelle für die Einbeziehung der externen Kosten des Straßengüterverkehrs vorlegen. Gemeint sind hiermit die durch den Schwerlastverkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten. Ist die Kommission dazu nicht in der Lage, dürfen die Mitgliedstaaten automatisch einen Aufschlag von bis zu 60 % der Infrastrukturkosten auf die Maut erheben. Damit gab der Ausschuss gegen unsere Stimmen den Anträgen der Sozialisten und Grünen statt.

Das Problem bei dieser so genannten "Internalisierung der externen Kosten" ist, dass es bisher keine wirklich verlässlichen Parameter zur monetären Bewertung der externen Kosten gibt. Ein pauschaler Aufschlag von 60 % würde in jedem Fall dafür sorgen, dass das Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedstaaten deutlich sänke. Das können wir natürlich auch nicht wollen! Andererseits kann nur mit einer Verteuerung der jetzt schon völlig überlasteten Strasse eine Verlagerung der Güterverkehre auf andere, umweltfreundlichere Verkehrsträger (Bahn, Binnenschifffahrt) erreicht werden.

### **Schwarze Listen**

Der Absturz einer Boeing 737 einer ägyptischen Chartergesellschaft mit vielen Toten im vergangenen Jahr zeigte endgültig, dass Fluggäste über das Sicherheitsniveau von Fluggesellschaften informiert sein müssen. Nur so kann man sich für oder gegen eine Fluggesellschaft entscheiden.

Nach unserem Vorschlag haben Reisende künftig einen gesetzlichen Anspruch darauf, über die Identität des Luftfahrtunternehmens, das den von ihnen gebuchten Flug tatsächlich durchführt, unterrichtet zu werden. Außerdem sollen Fluggäste Einsicht in "schwarze Listen" haben, welche alle sicherheitsrelevanten Informationen über ein Luftfahrtunternehmen enthalten. Das Gesetz kann nun bereits im nächsten Verkehrsministerrat Anfang Dezember endgültig beschlossen werden.

### **Flugreisende mit eingeschränkter Mobilität**

Diese Verordnung soll sicherstellen, dass körperlich behinderten Reisenden nicht ungerechtfertigterweise die Beförderung in einem Flugzeug verweigert wird. Dadurch, dass die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der Leitungsorgane eines Flughafens und der Luftfahrtunternehmen festgelegt werden, sollen "Personen mit eingeschränkter Mobilität" bei Flugreisen kostenfrei alle erforderliche Hilfe erhalten. Die Flughäfen können den Luftfahrtunternehmen die entstehenden Kosten in Rechnung stellen.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüßt Sie  
Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Rückfragen bitte an mein Büro in Brüssel:

Tel. 0032-228-47383

E-mail: rsommer@europarl.eu.int